

---

FDP Offenbach

## WILLE ZUR SPARSAMKEIT BEI KOALITION VORHANDEN

16.10.2006

---

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die  
Getränkesteuer in 2008 zu halbieren und 2010 ganz abzuschaffen, hat die FDP nach  
Auffassung ihres Fraktionsvorsitzenden Oliver Stirböck "für ein erstes großes  
Ausrufezeichen" in der im Mai besiegelten Koalition mit SPD und Grünen gesorgt. Die  
FDP hatte in den Koalitionsverhandlungen bekanntlich die Abschaffung der von SPD und  
CDU vor 15 Jahren eingeführten Getränkesteuer während der Legislaturperiode zur  
"conditio sine qua non", zur "Bedingung ohne die nichts (keine Koalition) geht" gemacht.

Der Beschluss des Stadtparlaments sei gerecht, weil die Getränkesteuer  
Haushaltssanierung auf Kosten einer ganzen Berufsgruppe bedeute und standortpolitisch  
richtig, da sie Offenbacher Gastronomen im regionalen Wettbewerb "über Gebühr  
benachteiligt". Die Koalition werde allerdings beweisen müssen, dass sie nicht nur  
"weniger Geld einnehmen kann, sondern auch gewillt ist, weniger Geld auszugeben". Die  
Liberalen wollen daher unter anderem die "Werthaltigkeit" bestimmter, geplanter  
Investitionen für Stadtprofil und Stadtentwicklung kritisch prüfen. Dass sich Koalition und  
Planungsdezernent im vergangenen Monat gemeinsam auf eine "bescheidenere  
Variante" der weiteren Verschönerung des Büsing-Parks verständigt hatten als  
ursprünglich geplant, zeige dass der Wille zu Sparsamkeit vorhanden sei, lobt die FDP die  
Koalitionspartner. Aber auch andere mögliche Investitionen müssten "auf den Prüfstand".  
Die Liberalen warnten allerdings vor "städtebaulichen Billiglösungen". Lieber "weniger  
Projekte und besser", als "mehr und gefuscht", so Stirböck.

Zudem müsse das "Anlagevermögen" der Stadt weiter unter Beobachtung stehen. Die  
Liberalen weisen darauf hin, dass der Schuldendienst erheblich zur strukturellen

Schiefelage des Haushalts beitrage. "Weitere, vorsichtig vorbereite Verkäufe von Unternehmensanteilen und im weiteren Sinne städtischem Besitz dürfen hier keine Tabuzone sein", mahnt die FDP-Fraktion. Die Stadt müsse sich aber ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt bleiben.